



## Das sogenannte Klimapaket der Bundesregierung: Die Handschrift der großen Konzerne.

Die fünf weltgrößten Öl- und Gaskonzerne BP, Chevron, ExxonMobil, Shell und Total, die zusammengenommen für 7,4 Prozent aller globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, haben im Zeitraum 2010 bis 2018 123,3 Mio. Euro für die Lobbyarbeit in Brüssel ausgegeben, ihre Lobbygruppen wie FuelsEurope oder die Handelsvereinigung der Petrochemischen Industrie CEFIC weitere 128 Millionen Euro. Sie haben damit erfolgreich die Klima- und Energiepolitik der Europäischen Union in ihrem Sinne beeinflusst. (1)

sinkenden Strompreisen an der Strombörse und die Kleinverbraucher zahlen dafür umso mehr EEG-Umlage.

- Der Braunkohleausstieg wird nicht vorgezogen. Er wird den Energiekonzernen vergoldet!

Nur wenn es um die Sicherung der Konzernprofite geht, wird das Argument der gefährdeten Arbeitsplätze vorgebracht.

Die Vernichtung von bisher 26.000 Arbeitsplätzen in der Windenergiebranche und von 80.000



Den Einfluss von RWE & Co und der KFZ-Industrie spiegelt das Klimapaket der Bundesregierung wider. Es trägt die Handschrift des Bundesverbandes der Industrie, in dem die großen Konzerne den Ton angeben:

- Die Anschaffung von Elektroautos soll gesponsert werden. Aber nötig wäre der Ausbau des ÖPNV, seine verbilligte bis kostenlose Nutzung.
- Die Langstreckenfahrten der DB sollen ein wenig billiger werden. Aber nötig wären der Ausbau und die Verbilligung des Nah- und Pendlerverkehrs sowie die Verlagerung von Schwerlastverkehr auf die Schiene.
- Die angestrebte Verteuerung von Kraftstoffen und die gleichzeitige Erhöhung der Pendlerpauschale werden die besser Verdienenden bevorzugen. Menschen mit niedrigen Löhnen, Renten oder mit Hartz IV werden unverhältnismäßig belastet.
- Durch die Vergrößerung der Abstände von Windkraftanlagen und das Zurückfahren der Fördermittel wird der Ausbau erneuerbarer Energien weiter ausgebremst
- Es bleibt bei dem Skandal, dass die Kleinverbraucher die Industrie subventionieren. Die energiefressende Industrie profitiert von

in der Solarenergiebranche soll fortgesetzt werden.

Über 1,4 Millionen Menschen, die am Aktionstag am 20. September allein in unserem Land auf die Straße gingen, sind nicht zu überhören. Die Konzerne jedoch wollen die Klimadebatte nutzen, um Subventionen und Steuervorteile für sich durchzusetzen. Die Lasten sollen auf die Bevölkerung abgeladen werden. So soll die Vermögensumverteilung von unten nach oben fortgesetzt werden.

**Die Kraft für echte Veränderungen muss noch geschaffen werden.**

Die Bewegung Fridays for Future bleibt erfreulich dynamisch und hartnäckig. Inzwischen haben sich etliche Gewerkschaften positioniert. Ver.di hat auf dem Gewerkschaftstag die Unterstützung der Klimaaktionen beschlossen, die IG Metall die Einhaltung des 1,5-Prozent-Ziels des Pariser Klimaabkommens. Die EVG setzt sich für den Ausbau der Schiene ein. Die IG BAU

Fortsetzung nächste Seite

verstehen sich als Gewerkschaft in der Klima-Allianz. Die IG Metall hat sich in einer Stellungnahme mit Umweltverbänden für einen breiten gesellschaftlichen Dialog, für regionale Transformationsbündnisse ausgesprochen.

## Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze!

Verschiedene Herausforderungen lassen ein „Weiter so“ nicht zu. Gravierende Umbrüche in der Industrie haben begonnen, neue Rationalisierungswellen mit der Bedrohung vieler Arbeitsplätze stehen bevor. Die Kapitalseite versucht mit neuen Technologien prekäre Beschäftigungsverhältnisse auszuweiten.

Notwendig sind Veränderungen in allen Bereichen der Produktion und des Verbrauchs. Notwendig sind Umbauprogramme für ganze Industriebranchen, verbunden mit Arbeitsplatzgarantien, Umschulungen und erweiterter Mitbestimmung.

Die Hoffnung, durch Preisaufschläge den CO<sub>2</sub>-Ausstoß wirklich steuern zu können, hat sich in der Vergangenheit schon wiederholt an der Wirklichkeit blamiert. Eingriffe in das für die sozialen und ökologischen Folgen blinde Marktgeschehen sind notwendig. Wirksame Mitbestimmungsmöglichkeiten für das Was, Wie, Womit und Wofür der Produktion sind das Gebot der

Stunde.

Die verschiedenen Interessen an Klimaschutz, an ausreichendem und bezahlbarem Wohnen, an gesicherten Ausbildungs- und Arbeitsplätzen müssen zusammengeführt werden. Alleinige Massenbelastungen in Form allgemeiner CO<sub>2</sub>-Steuern wirken dem entgegen. Sie sind Munition für die Klimaleugner.

Das Verursacherprinzip heißt: Konzerne zur Kasse! Ein sozial-ökologischer Umbau kann durchgesetzt werden. Notwendig dafür sind breite gesellschaftliche Allianzen.

Die Mittel für einen Umbau sind vorhanden, wenn endlich die großen Vermögen angezapft werden und die Aufrüstung gestoppt, Abrüstung durchgesetzt wird. Der Rüstungsetat wird im kommenden Jahr die 50-Milliarden-Marke überschreiten. Für Bildung, Gesundheit, Pflege, den öffentlichen Nahverkehr und preisgünstiges Wohnen fallen höchstens Brosamen ab. Die Ausgaben für wirksamen Klimaschutz sind völlig unzureichend.

Die Größe der Herausforderungen für die Abwendung oder Abmilderung der Klimakatastrophe wird noch ignoriert. Erst Eingriffe in die Verfügungsgewalt des Kapitals schaffen Möglichkeiten für eine demokratische Steuerung.

Anmerkung:

(1) <http://www.fossilfreepolitics.org/research.pdf>

---

## Schallgrenze 2020 durchbrochen

Beim Treffen der NATO-Verteidigungsminister wurden die Karten auf den Tisch gelegt: Zusammen mit Ausgaben, die in anderen Etats versteckt sind, betragen die Rüstungsausgaben in diesem Jahr über 47 Milliarden Euro.

Zum Vergleich: für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sind ganze 2,3 Milliarden vorhanden.

Im kommenden Jahr sollen offiziell 45,1 Milliarden Euro für Rüstung ausgegeben werden. Zusammen mit den Stationierungskosten für die britischen und US-Truppen etc. wird dann die 50-Milliarden-Schallmauer durchbrochen. Das ist eine Steigerung von 6,4 Prozent. Diese Summe entspricht fast den Ausgaben der Russischen Föderation, die fünfmal längere Ländergrenzen hat.

Neue deutsch-französische Rüstungsprojekte sind beschlossen. Der neue Kampfpanzer soll 100 Milliarden Euro verschlingen, das neue Luftwaffenprojekt FCAS sogar 500 Milliarden Euro.

Kramp-Karrenbauer will mit aller Macht bis 2031 das Ziel erreichen, 2 Prozent der Wertschöpfung für die Aufrüstung auszugeben. Das wären nach heutiger Schätzung 85 Milliarden.

Diese Summen fehlen - für Klimaschutz und vor allem im Sozialbereich. Alle Rüstungsausgaben haben verheerende Auswirkungen auf das Klima.

## Klimakiller Militär

In Kyoto konnten die USA 1997 durchsetzen, dass alle militärischen Treibhausgasemissionen von Reduzierungen ausgenommen werden. Sie werden gar nicht erst aufgeführt und fallen aus allen Berechnungen heraus.

Eine Studie der Universität Boston ergab: Das US-Verteidigungsministerium ist der größte Einzelverbraucher von Energie in den USA und damit der größte institutionelle Verbraucher von Erdöl weltweit.

**AUSGESTORBEN!  
ZU VIEL PANZER,  
ZU WENIG HIRN!**



Die Treibstoffbilanz des Militärs ist vernichtend. Neben der industriellen Landwirtschaft und den fossilen Konzernen ist das Militär der bedeutendste Umweltverschmutzer. Die Umwelterstörung und Verseuchung ganzer Landstriche durch Kriegseinsätze kommen noch hinzu.

Der Kreislauf von Militär, Umwelterstörung, Klimawandel und drohenden Klimakriegen kann durchbrochen werden. Durch Abrüstung.

Mehr Informationen unter: IMI-Studie 2019/7, Das US-Militär: Auf Kriegsfuß mit dem Klima. <https://www.imi-online.de/2019/11/04/das-us-militaer-auf-kriegs-fuss-mit-dem-klima/>

**ZU VIEL PANZER - ZU WENIG HIRN.  
ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN!**

LSW